

Markus C. Kerber

## Schon unter polnischer Verwaltung?

Politische Angriffe gegen Deutschland hindern die polnischen Arbeitnehmer nicht daran, die Großzügigkeit des deutschen Sozialsystems zu nutzen.

In der 2. und 3. Klasse des Gymnasiums benutzte der Verfasser dieser Zeilen Erdkundebücher, die über die ehemaligen deutschen Ostgebiete in Polen (Schlesien, Posen, West- und Ostpreußen, Pommern) als „zur Zeit unter polnischer Verwaltung“ auf der Karte eingezeichnet waren. Damals beteiligte ich mich engagiert an der Debatte darüber, ob diese Bezeichnung noch der Realität entspräche. Gleichzeitig wurde ein Aufsatz über die drei polnischen Teilungen verfasst, der mich mit den Besonderheiten der polnischen Geschichte (Nation ohne Staat) vertraut machte.

Seitdem hat sich das Rad der Geschichte gedreht. Zunächst wurde 1970/71 mit den Ostverträgen die Realität anerkannt und auf eine gewaltsame Änderung der Grenzen verzichtet. Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag erkannte die Bundesrepublik Deutschland auch juristisch verbindlich die Grenzziehung an Oder und Neiße an. Während in Polen langsam aber stetig in der jungen Generation eine Diskussion über die Geschichtspolitik begonnen hat (Ist das heutige Westpolen ein wiedergewonnenes Gebiet?) wird bereits der Ausdruck „ehemalige deutsche Ostgebiete“ in der Bundesrepublik Deutschland mit einem *soupcou* versehen.

Spätestens seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union 2004 profitiert der Neuling als höchster Nettoempfänger von den Zuweisungen aus Brüssel, die zu einem Viertel von Deutschland finanziert werden. Dazu gehört auch die Freizügigkeit für Arbeitnehmer. Diese wirkt sich nicht nur zugunsten des Dienstleistungsgewerbes in Branchen aus, für die es in Deutschland wenig Arbeitsangebot gibt, sondern besonders im Grenzverkehr. Zwischen Swinemünde und den Kaiserbädern (Heringsdorf, Ahlbeck, Bansin) herrscht ein reger Grenzverkehr. Die deutschen Hotels bewältigen den Touristenstrom nicht mehr ohne polnische Arbeitskräfte. Wo anfangs eine polnische Kraft für bestimmte Hilfstätigkeiten eingesetzt war, findet sich heute eine ganze Armada tüchtiger polnischer Arbeitnehmer, die von der Rezeption bis zur Hotelverwaltung den Laden schmeißen. Sie bemühen sich redlich darum, deutsch zu sprechen, während ihre deutschen Kollegen meistens vor der phonetischen Schwierigkeit der polnischen Sprache kapitulieren.

Ihr Verhältnis ist auskömmlich, wenngleich Vorbehalte bestehen bleiben. Gefragt, wodurch diese Westwanderung vieler polnischer Arbeitnehmer veranlasst sei, bekommt man von den polnischen Arbeitnehmern eine deutliche Antwort: Wir kommen wegen des Euros und wegen der besseren, sprich großzügigeren, Kranken- und Rentenversicherung. Dies ist verständlich, reimt sich indessen wenig mit den deutschfeindlichen Diskursen der politischen Elite in

Warschau. Während in bestimmten Schulen in den Kaiserbädern nun glücklicherweise auch polnisch unterrichtet wird, geht in Warschau die Hatz gegen Deutschland weiter. Verwunderlich ist lediglich, dass die deutsche Politik gegenüber der Warschauer Polemik keine Antwort findet. Man betreibt verbale Deeskalation. Dies gilt auch gegenüber den obszönen Reparationsforderungen. Vielleicht wird die deutsche Politik dann aufwachen, wenn auch die Kaiserbäder in Usedom endgültig unter polnischer Verwaltung stehen.